

Hamburg traut sich was - oder lieber doch nicht? Preis des mutigen Löwen für Abschaffung von Hartz IV verliehen

Völker, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Völker, W. (2019). Hamburg traut sich was - oder lieber doch nicht? Preis des mutigen Löwen für Abschaffung von Hartz IV verliehen. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 39(154), 137-141. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83777-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wolfgang Völker

Hamburg traut sich was – oder lieber doch nicht?

Preis des mutigen Löwen für Abschaffung
von Hartz IV verliehen

Im Herbst 2018 begann nach Äußerungen u.a. von Andrea Nahles und Robert Habeck eine öffentliche Debatte darüber, ob und wie „Hartz IV“ zu überwinden sei. Bei der SPD ist die Diskussion inzwischen auf Bundesebene weitgehend abgeschlossen. In dem Papier *Arbeit-Solidarität-Menschlichkeit. Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit* wird u.a. als Alternative zu „Hartz IV“ ein so genanntes Bürgergeld vorgeschlagen (ohne eine Höhe zu benennen). Dabei sollen „sinnwidrige und unwürdige Sanktionen“ abgeschafft werden, es soll zwei Jahre Schonfrist für Vermögen und Überprüfung der Mietkosten geben – aber nur für die, die aus dem Bezug von Arbeitslosengeld (ALG I) kommen. Es wird auch von einem würdevollen und respektvollen Umgang gesprochen, der das Verhältnis zwischen Sozialstaat und BürgerInnen bestimmen soll.

Bei den Grünen ist die Diskussion über Habecks Vorschlag einer Garantiesicherung noch nicht abgeschlossen. Er hatte u.a. eine bedingungslose Garantie des Existenzminimums (d.h. bei ihm: ohne Sanktionen, aber bedarfsgeprüft) gefordert und sich für eine Neubemessung und Erhöhung des soziokulturellen Existenzminimums sowie ein höheres Schonvermögen ausgesprochen.

Im Hamburger Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte und in der AG Soziales der Sozialpolitischen Opposition haben wir uns mit diesen Vorschlägen befasst. Unsere Reaktion war: Wir wollen nicht warten, bis sich die Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene ändern und dadurch vielleicht Wege zur Überwindung von „Hartz IV“ eröffnet werden. Wir haben Forderungen aufgestellt, was Hamburg als rot-grün regierte Stadt schon heute tun kann, um die Situation derjenigen, die auf Leistungen des SGB II angewiesen sind, zu verbessern. Die Forderungen lauten wie folgt:

Existenzsicherung:

Hamburg soll die Leistungen für Erstausrüstung auf ein zeitgemäßes Niveau erhöhen, denn die letzte Erhöhung gab es im Jahr 2000!

Hamburg soll eine Bundesratsinitiative zur Bemessung und Garantie einer menschenwürdigen Existenzsicherung starten.

Wohnen:

Hamburg soll alle verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Mietkautionen vom Jobcenter nicht mehr aufrechnen zu lassen.

Das Jobcenter soll auf Umzugsaufrorderungen gegenüber Leistungsberechtigten verzichten

Die Richtwerte für die Angemessenheit von Mietkosten sollen sich an Neuvermietungspreisen orientieren und nicht an Bestandsmieten.

Sanktionen:

Hamburg soll alle verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit das Jobcenter keine Sanktionen mehr verhängt (z.B. Weglassen von Rechtsmittelbelehrungen, umfassende Anerkennung von ‚wichtigen Gründen‘).

Hamburg soll eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung aller Sanktionen initiieren.

Mobilität:

Hamburg soll den HVV umsonst für alle machen – übergangsweise wenigstens für alle TransferleistungsempfängerInnen!

Kommunikation im Jobcenter:

Einführung einer guten telefonischen und persönlichen Erreichbarkeit der JobcentermitarbeiterInnen.

Alle Schreiben und Bescheide sollen in einfacher Sprache verfasst und erläutert werden.

Das Jobcenter soll in der Beratung umfassend und in einfacher Sprache und auch mehrsprachig über Rechtsansprüche informieren.

Das Jobcenter soll Dolmetscherdienste zur Verfügung stellen und bei Bedarf einsetzen.

Hamburg soll für ausreichendes und gut ausgebildetes Personal im Jobcenter sorgen.

In Hamburg soll der respektvolle Umgang mit Antragstellenden und Leistungsberechtigten eine Selbstverständlichkeit sein.

Verfahrensregelungen:

Anträge sollen innerhalb von zwei Wochen bearbeitet sein, ansonsten sollen sie vorläufig bewilligt werden.

In Hamburg verzichtet das Jobcenter künftig auf Hausbesuche.

Hamburg verzichtet auf Sicherheitsdienste im Eingangsbereich der Jobcenter.

Hamburg finanziert eine unabhängige Ombudsstelle, die Beschwerden nachgeht, Konflikte aufnimmt, dokumentiert und öffentlich macht.

Wir haben gleichzeitig zwei weitere Aktionen gemacht. Die Postkarten-Kampagne „Hamburg traut sich was!“ war die eine. Die Postkarten wurden in Kneipen und bei allen möglichen Gelegenheiten verteilt und konnten an Parteien, Abgeordnete etc. geschickt werden. Dann haben wir als zweites in einer satirischen Aktion mit ernstesten Absichten den Hamburgischen Preis für politischen Mut – „Preis des mutigen Löwen“ – an Andrea Nahles und Robert Habeck verliehen. Ein kurzer Film über die Preisverleihung ist auf www.youtube.com zu sehen (Suchbegriff „Hamburg traut sich was“).

Bei einer Kundgebung im Rahmen des Europawahlkampfes der Grünen auf dem Gänsemarkt sind am 16. Mai Robert Habeck und die zweite Bürgermeisterin Hamburgs, Katharina Fegebank, von uns zu den Forderungen befragt worden. Robert Habeck betonte väterlich, wie wichtig es gerade heutzutage sei, Fragen nach der Sozialen Sicherheit zu stellen, und sprach sich für soziale Mindeststandards in Europa aus.

Für die zweite Bürgermeisterin scheint sich die Soziale Frage in Hamburg auf die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und die Studiengebühren zu beschränken. Sie verwies auf die Verantwortung des Bundestags für das SGB II und lobte den Hamburger Senat, der ja schon so viel Richtiges tue: Fünf Stunden kostenfreie Kita täglich für alle Kinder, keine Studiengebühren an staatlichen Hamburger Unis. Man kann dies getrost als klassische bürgerliche Antwort interpretieren in dem Sinne, dass gegen Armut nicht mehr Geld, sondern vor allem Bildung helfe.

Die Stadt Hamburg hat aktuell gerade die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft im SGB II verändert. Bezug genommen wird auf den Mietspiegel von 2017, obwohl im November 2019 der neue Mietspiegel veröffentlicht wird, der vermutlich zu viel höheren Mietrichtwerten führen würde. Und was nun auf den ersten Blick wie eine Erhöhung aussieht und auch als solche verbreitet wird, ist eine Mogelpackung. Zwar wurde die Mietobergrenze für die Bruttokaltmiete um einige Euro angehoben (für Einzelpersonen z.B. um 14 Euro), allerdings sind hierin jetzt zusätzlich auch die Wasserkosten enthalten, die bisher, genau wie die Heizkosten, noch auf die Mietobergrenzen aufgeschlagen werden konnten.

Der Hamburger Senat weist in jüngster Zeit darauf hin, dass seit Dezember 2017 auf Kostensenkungsaufforderungen verzichtet würde, wenn die Richtwerte für die Angemessenheit um nicht mehr als 20 Prozent überschritten werden. Allerdings wurden im Jahr 2018 von den Jobcentern 424 Kostensenkungsverfahren eingeleitet, und im ersten Quartal 2019 waren es auch schon 106. Im Jahr 2017 (neuere Zahlen liegen nicht vor) gab es bei 17,9 Prozent der ca. 103.000 Bedarfsgemeinschaften im SGB II in Hamburg eine Differenz zwischen den tatsächlich gezahlten und den anerkannten Mietkosten. Die Leute haben einen Teil ihrer Miete also aus dem Regelsatz bezahlen müssen.

Am 19. Juni wurde in der Bürgerschaft von der Fraktion der LINKEN ein Antrag gestellt und diskutiert, der konkrete Vorschläge macht, was Hamburg an Verbesserungen umsetzen könnte. Die Diskussion in der Bürgerschaft hatte zum Ergebnis, dass der Antrag nicht abgelehnt, sondern in den Sozialausschuss überwiesen wurde. Dort kann zwar keine Entscheidung gefällt werden, mit der die Forderungen umgesetzt werden könnten, aber die Befassung im Sozialausschuss gibt nochmal die Gelegenheit, innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft Öffentlichkeit zu den Forderungen und zur Diskussion um Alternativen zu Hartz IV herzustellen.

In der Diskussion in der Bürgerschaftssitzung, die auch in der Mediathek der Bürgerschaft betrachtet werden kann (<https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/21/101/>), haben die Parteien wie folgt argumentiert. Die SPD verteidigte das Hartz-IV-Prinzip des Förderns und Forderns und sprach sich lediglich für die Korrektur „unsinniger Sanktionsregelungen“ wie Totalsanktionierung und der härteren Bestrafung von Leistungsberechtigten unter 25 Jahren aus. Die CDU lobte Hartz IV als Erfolg und hielt die Forderungen im Antrag der Linken für grundfalsch. Der Überweisung in den Sozialausschuss stimmte sie nur zu, weil auch eine verbesserte Personalausstattung der Jobcenter gefordert wird. Die Fraktion der Grünen nutzte die Debatte, um sich als geläuterte Anti-Hartz-IV-Partei zu profilieren: Die Rechte der Leistungsberechtigten sollten gestärkt werden, Sanktionen sollten abgeschafft werden und die Regelsätze erhöht werden. Sie begrüßte die Forderungen nach Bundesratsinitiativen des Landes Hamburg zu Neubemessung und Erhöhung der Regelsätze wie auch zur Abschaffung der Sanktionen. Die FDP lehnte den Antrag ab, weil der Sozialstaat eh zu viel Geld verschlinge. Das liberale Bürgergeld könnte ihn billiger machen. Die AfD lehnte den Antrag ab, weil sie die Arbeit des Jobcenters, so wie sie ist, richtig gut findet, einschließlich der bestehenden Sanktionen.

Das Hamburger Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte und die AG Soziales der Sozialpolitischen Opposition wollen die Kampagne fortsetzen, da wir ein

Interesse daran haben, dass Hamburg sich wirklich was traut, solange hier noch Rot-Grün regiert. Die nächsten Bürgerschaftswahlen sind im Februar 2020. Wir wollen mit Kolleginnen und Kollegen aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Recht auf Stadt, Hochschulen, Mietervereinen und Rechtsanwälten sprechen, ob und wie weitere Aktivitäten in Hamburg gemeinsam möglich sind und welche Möglichkeiten im jeweiligen Aktionsradius gesehen werden, Druck aufzubauen, damit Hamburg sich was traut!

*Wolfgang Völker¹, Basselweg 65, 22527 Hamburg
E-Mail: wolfgangvoelker@posteo.de*

1 Wolfgang Völker ist aktiv im Hamburger „Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte“ und in der AG Soziales der SOPO.